

Zur Nationalratsdebatte vom 11. Juni 2008

Glaubwürdigkeit! II: das Minenfeld der Prävention

Die diesjährige Nationalratsdebatte zum Passivrauchschutz glich derjenigen vom 4. Oktober 2007; der derzeitige Gesetzesvorschlag unserer Bundesparlamentarier zum Passivrauchschutz der Bevölkerung präsentiert sich wie folgt: Der Arbeitsplatz ist prinzipiell rauchfrei. Dies gilt auch in öffentlichen Lokalen wie Restaurants, Cafés, Bars, Diskotheken usw. Ausser dort, wo eine klare Trennung zwischen Raucher- und Nichtraucher-räumen nicht möglich/leicht zu bewerkstelligen ist. Hier kann der Inhaber sein Lokal als Raucherbetrieb deklarieren. Kein Angestellter kann gezwungen werden, in solchen Betrieben zu arbeiten, ausser er erklärt sich damit einverstanden. Das Bundesgesetz gilt in der ganzen Eidgenossenschaft. Ausser in den Kantonen, die weiterreichender Massnahmen zum Passivrauchschutz einführen.

Das gegenwärtige Gesetzeskonstrukt des Nationalrates klingt weder überzeugt noch überzeugend. Kein Wunder nach seinem Werdegang: Der damalige National- und jetzige Ständerat Prof. Dr. med. F. Gutzwiller hatte 2004 vorgeschlagen, das Bundesarbeitsgesetz durch einen einzigen Satz zu ergänzen, (inhaltlich) «der geschlossene Arbeitsplatz ist rauchfrei». Die Gesundheitskommission des Nationalrates [1] nahm mehrheitlich in ihrem hervorragend dokumentierten Bericht diesen Ansatz an. Dennoch folgte der Nationalrat dem Minderheitsantrag Borer, der das Anliegen von Gastrosuisse verankerte: Restaurationsbetriebe dürfen sich unter bestimmten Bedingungen als Raucherlokale deklarieren. Was für wohlmeinende Parlamentarier als Ausgleich erscheint, erweist sich als «fauler Kompromiss» [2], der das Gesetz aushöhlt. Dies wurde nicht verbessert durch die Idee aus dem Ständerat, dass in Raucherlokalen nur Angestellte (meist Menschen, die keine Wahl haben!) arbeiten dürfen, die sich mit der Passivrauchexposition einverstanden erklären [3]. Können Arbeitnehmer etwa freiwillig auf SUVA-Vorschriften verzichten? Die jetzige Gesetzesvorlage leidet an derart fatalen Mängeln, dass unsere ehrenwerten Bundesparlamentarier kaum in der Lage wären, ihren Töchtern, Söhnen und Wählern das künftige Gesetz «Passivrauchschutz der Bevölkerung» zu erklären:

- Das Prinzip «Jedermann hat das Recht auf rauchfreie Luft» ist nicht erkennbar.
- Das Gesetz ist nicht durchsetzbar, weil Lokalinhaber, Angestellte, Kunden und die Bevölkerung die Toxizität des Rauches wegen der Ausnahmen nicht wahrnehmen. Die Ausnahmen bestimmter Lokale schaffen Wettbewerbsverzerrungen, unter denen Wirte leiden werden. Der Gesetzesvorschlag überträgt den Behörden ein kompliziertes und teures Bewilligungs- und Kontrollverfahren, dessen Interpretationen juristische Streitigkeiten und Gerichtsklagen vorprogrammieren.
- Der vorliegende Text ignoriert den wissenschaftlichen Kenntnisstand über Passivrauch und Feinstaub.
- Der Text ist unvereinbar mit wesentlichen Elementen des internationalen [4], europäischen [5] und nationalen Rechts [6].

Die Schaffung dieses Undings ist nur durch den Druck der Lobbys zu erklären. Schon in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts schrieb die Firma Philip Morris das Ablehnen von gesetzlich verankerten Nichtraucherischen durch den Grossen Rat des Kantons Luzern ihrem Einfluss zu [7]. Ihre Strategie, Restaurationsverbände an die Front zu schicken, ist in einem Grundsatzpapier verankert [8]. Im Jahre 1996 wurde von Gastrosuisse mit Hilfe von Philip Morris die Resolution angenommen, die ein Einvernehmen zwischen Rauchern und Nichtrauchern, das Entscheiden der Inhaber über das Rauchen in ihren Lokalen und Ablehnung der gesetzlichen Regelung im Namen der Gewerbefreiheit fordert [9], ganz analog der Resolution von Hongkong, wo ein Jahr zuvor Philipp Morris den internationalen HoReCa-Kongress gesponsert hatte. Daher ist nicht die Haltung von Gastrosuisse erstaunlich, sondern die Naivität gewisser Parlamentarier, die den Untergang des Gewerbes befürchten, obwohl ein Einnahmenverlust nur in den von der Tabakindustrie bezahlten Studien vorausgesagt wird [10]. Und wer sich wundert, wem wohl die Formel «Falls eine Trennwand [...] unmöglich ist, kann der Betrieb als Raucherbetrieb deklariert werden» nützt, kommt zu klaren Schlüssen: Man

Korrespondenz:
Dr. med. Rainer M. Kaelin
2, place de l'Hôtel-de-Ville
CH-1110 Morges

stelle sich eine Diskothek vor, in der Raucher und Nichtraucher in getrennten Abteilungen tanzen! Die Gewissheit, dass die Trennwand nicht durch das Mischpult des Diskjockeys gehen wird, garantiert für die nächsten Jahrzehnte, dass 100% der tanzfreudigen Jugend durch ihre rauchenden Kollegen mit der Zigarette Bekanntschaft machen (müssen) und das tödliche Produkt weiterhin (mit eidgenössischem Segen!) genau in dem Bevölkerungssegment banalisiert wird, das für die Industrie am bedeutsamsten ist ...

Dass Lobbying Früchte trägt, ist auch den Journalisten aufgefallen [11, 12]. Wir sind sehr beunruhigt, dass mehr Parlamentarier als im vergangenen Herbst nicht Wort halten. Damals stimmten sechs Nationalräte [2] für den faulen Kompromiss, obwohl sie sich gemäss Smartvote für ein gänzlich Rauchverbot im öffentlichen Raum ausgesprochen hatten. Diesmal erinnern neun Nationalräte sich nicht mehr an ihr Versprechen [13, 14]. Hingegen stellen wir fest, dass der Druck der öffentlichen Meinung in dieser Frage zunimmt. Gegenüber Journalisten erklärten immerhin 56 von 62 welschen Parlamentariern ihre Abneigung gegen das Rauchen im öffentlichen Raum. Dies hinderte jedoch 15 von ihnen nicht, für den faulen Kompromiss vom 11. Juni 2008 zu stimmen [15].

Aufgrund dieser Feststellungen ist die globale Glaubwürdigkeit des jetzigen Bundesparlamentes nicht höher als in der vorausgegangen Legislatur. Griffige Passivrauchschutzgesetze verwirklichen sich in den Kantonen oder aber werden durch eine Volksinitiative auf Bundesebene realisiert werden müssen, es sei denn, der Ständerat wirft in der Herbstsession das Steuer energisch herum.

Wir danken allen Parlamentariern, Medienschaffenden und Kollegen, die mit Sachkenntnis und Mut den Gesundheitsstandpunkt vertreten, und hoffen sehr, dass ihre Überzeugungsarbeit gegen den Einfluss der Industrie letztlich Erfolg haben wird. Nicht nur der Passivrauchschutz, sondern auch die Ratifizierung der WHO-Tabakrahmenkonvention und das Präventionsgesetz, die beide in der gegenwärtigen Legislaturperiode behandelt werden sollen, werden hohe Ansprüche an ihre Intelligenz und Integrität stellen.

*Dr. med. Jürg Barben,
Leitender Arzt Pneumologie, Ostschweizer Kinderspital, St. Gallen; Präsident der Lungenliga St. Gallen*
*Dr. med. Heinz Borer,
Leitender Arzt Pneumologie, Bürgerspital Solothurn;
Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Tabakprävention*
*Dr. med. Otto Brändli,
Präsident Lungenliga Zürich*

*Prof. Martin Brutsche,
Chefarzt Pneumologie, Kantonsspital Aarau*
*Prof. Thomas Cerny,
Präsident der Krebsliga Schweiz;
Chefarzt Onkologie, Kantonsspital St. Gallen*
*Prof. Jacques Cornuz,
Policlinique universitaire de médecine,
Président CIPRET, Vaud.*
*Prof. Jean-William Fitting
Service de Pneumologie, Centre hospitalier
universitaire vaudois, Lausanne*
*Dr. med. Martin Frey,
Chefarzt Pneumologie, Klinik Barmelweid*
*Prof. Matthias Gugger,
Inselsspital Bern; Past-Präsident
der Schweizerischen Gesellschaft für Pneumologie*
*Dr. med. Paul-Josef Hangartner,
Innere Medizin FMH; Präsident
der Chefärztereinigung der SGIM*
*Dr. med. Rainer M. Kaelin,
Innere Medizin und Pneumologie FMH;
Vizepräsident der Lungenliga Waadt; Vizepräsident
Fondation pour la Mucoviscidose, Lausanne*
*Dr. med. Werner Karrer,
Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für
Pneumologie; Vizepräsident der Lungenliga Schweiz;
Chefarzt der Luzerner Höhenklinik Montana*
*Dr. med. André Knoblauch,
Fachbereichsleiter Pneumologie, Kantonsspital
St. Gallen; Mitglied der Eidgenössischen
Kommission für Tabakprävention*
*Prof. Laurent Nicod,
médecin-chef, Service de Pneumologie,
Centre hospitalier Universitaire Vaudois, Lausanne*
*Dr. Geneviève Nicolet-Chatelain,
médecine interne et pneumologie FMH,
Präsidentin der Lungenliga Waadt*
*Prof. Fred Paccaud,
Médecin chef, Institut universitaire
de Médecine sociale et préventive, Lausanne*
*Dr. Franco Quadri,
capo servizio di pneumologia,
Ospedale di Bellinzona e Valli, Ticino.*
*Dr Philippe Rieder,
médecin-chef, Hôpital de St. Loup, Pompaples*
*PD Dr. Alain Sauty,
Präsident des Groupement
des pneumologues vaudois*
*Prof. Markus Solèr,
Chefarzt Pneumologie, Claraspital, Basel*
*Dr. med. Thomas Weber,
Allgemeinmedizin FMH;
Präsident Hausärzte Solothurn*

Anmerkung

Die Analyse und der Vergleich der elektronischen Stimmabgabe mit Smartvote (Anmerkung 13 und

14) wurde mir von Roger Claude von Oxyromandie, Lausanne, mitgeteilt, dem ich hier ausdrücklich danke.

Literatur

- 1 Vorprojekt und Bericht der Subkommission «Passivrauch» der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und öffentliche Gesundheit. 24.8.2006.
- 2 Gugger M, Cerny T, Barben J, Karrer W, Kaelin RM. Glaubwürdigkeit! Schweiz Ärztzeitung. 2008; 89(1/2):22-3.
- 3 Gugger M, Cerny T, Barben J, Karrer W, Kaelin RM. Saubere, rauchfreie Luft ist der Normalzustand! Offener Brief an die Ständeräte. Schweiz Ärztzeitung. 2008;89(11): 440-1
- 4 Kaelin RM et al. Die WHO-Tabakrahenkonvention ist bald 5 Jahre alt. Schweiz. Ärztzeitung. 2008;89(22):968-71. Das Rauchverbot im geschlossenen öffentlichen Raum ist ein wesentliches Element der WHO-Rahmenkonvention, die von der Schweiz unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert wurde.
- 5 Bundesverfassungsgericht Karlsruhe. Urteil, verkündet am 30. Juli 2008. BvR 3262/07. BvR 402/08. BvR 906/08. Die höchste gerichtliche Instanz Deutschlands entschied, dass die Ungleichheit, die zwischen den grösseren Betrieben entsteht und den kleinen, die keine Trennung zwischen Rauchern und Nichtrauchern einrichten können, verfassungswidrig sei, da sie Letztere wirtschaftlich benachteiligt. Demgegenüber ist ein allgemeines Rauchverbot im geschlossenen öffentlichen Raum für den Passivrauchschutz wirksamer und nicht diskriminierend für einzelne Gastwirtschaftsbetriebe.
- 6 Bundesgerichtsentscheid vom 28. März 2007, 133 I 110, Entscheid im Fall Slatkine und Pétroz gegen den Grossen Rat des Kantons Genf.
- 7 Am 2. Juli 1990 lehnte der grosse Rat des Kantons Luzern eine Änderung des Wirtschaftsgesetzes ab, womit Nichtrauchertische gesetzlich vorgeschrieben werden sollten. Im Archiv von Philip Morris findet man dazu folgenden Kommentar: «Dieses positive Resultat wurde dank des starken Einsatzes des Direktors des Hotel/Restaurantbesitzervereins und des Kantonalpräsidenten der USAM erreicht. Beide Verbündeten (engl. *allies*), welche Mitglieder des Kantonalparlamentes sind, sind im Detail über unsere Argumente informiert worden (engl. *have been briefed*) wie Toleranz, Höflichkeit, Raumluftqualität [...]» (Pantet R. Subject: Canton of Lucerne. PM 1990 07 02, Bates No. 2024195747. URL, www.pmdocs.com). Zitat aus der Dissertation des Freiburger Kantonsarztes, Ref. 16.
- 8 «Das *Accomodation Programme* dient als Bindeglied zwischen PM (Philip Morris) und dem Gastgewerbe. Unsere Fähigkeit, wirksam mit dem Gastgewerbe zu interagieren, ist von entscheidender Bedeutung für unsere Endziel, welches darin besteht, für unsere Kunden die Möglichkeit zu erhalten, unsere Produkte in öffentlichen Räumen zu geniessen, wie Restaurants, Hotels, Kegelbahnen und Einkaufsalleen. Diese Beziehung wird noch wichtiger, wenn weiterhin Bedrohungen auf lokaler, Staats- und Bundesebene entstehen. Da wir auf das Gastgewerbe angewiesen sind, das an der Front diese Sache verteidigen (muss), ist es wichtig, dass wir fähig sind, ein starkes und bedeutendes Verhältnis mit den Gliedern dieser Industrie zu schmieden ... und wir sind fähig, in Hilfeleistung des Gastgewerbes zu investieren. Gelegenheiten zum Sponsern erlauben uns, auf die Agenda zu kommen, entscheidende Verbindungen aufzubauen und unsere Anliegen zu Prioritäten zu machen, wo sie sonst keine wären.» (Zitat aus der Dissertation des Freiburger Kantonsarztes, Ref. 16, Seite 53).
- 9 Am 19. Juni 1996 schreibt Ulrich Crettaz von Philip Morris SA, Lausanne, an Matt Winokur folgenden Telefax: «Lieber Matt, [...] der vollständige Resolutionstext, wie er an der Jahresversammlung von Gastrouisse (Schweizerische HoReCa) unter dem Titel *Resolution für Joie de vivre und Konsumentenfreiheit* angenommen wurde. Diese Resolution ist das Resultat direkter Kooperation zwischen PM und Gastrouisse.»
- 10 Scollo M., Lal A., Hyland A., Glantz S. Review of the studies on the economic effects of smoke free policies in the hospitality industry. Tobacco Control. 2003;12-20. Diese Analyse untersucht mehr als 90 Studien zu Ertragseinbussen des Gastgewerbes durch Rauchverbote. Die Odds Ratio ist 20-mal höher, dass eine Studie, die eine Ertragseinbusse findet, nicht peer-reviewed ist. Während 94% der von der Tabakindustrie unterstützten Studien einen negativen Impact der Gesetzgebung finden, ist dies in keiner der unabhängigen Studien der Fall.
- 11 Arsever S. La préoccupante victoire des Lobbies. Commentaire. Le Temps, 12.6.2008.
- 12 Arsever S. La politique de prévention se fait en terrain miné par les lobbies. Le Temps, 22.7.2008.
- 13 Gemäss elektronischer Stimmabgabe haben für die jetzige Vorlage gestimmt:
 - CVP: 19 Ja, 14 Nein
 - Grüne/POP: 2 Ja, 20 Nein
 - FDP/Liberale: 21 Ja, 7 Nein
 - SP: 0 Ja, 39 Nein
 - SVP: 52 Ja, 6 Nein
 - Total: 94 Ja, 86 Nein
- 14 Die folgenden Nationalräte haben sich, gemäss Smartvote, für ein gänzlichliches Rauchverbot im geschlossenen öffentlichen Raum ausgesprochen. Dennoch haben sie, gemäss elektronischer Stimmabgabe, für die gegenwärtige Gesetzesvorlage gestimmt: Dominique Baettig JU, Esther Egger Wyss AG, Laurent Favre NE, Ida Glanzmann Henkeler LU, Urs Hany ZH, Thomas Hurter SH, Barbara Schmid Federer ZH, Roberto Schmidt VS, Johann Schneider BE.
- 15 Obwohl sie auf die Frage der Zeitung «Sind Sie für ein Rauchverbot?» mit «Ja» antworteten, stimmten die folgenden Nationalrätinnen und Nationalräte gemäss elektronischer Stimmabgabe für die jetzige Vorlage: Viola Amherd VS, Charles Favre VD, Laurent Favre NE, Oskar Freysinger VS, Jean-René Germanier VS, Jean-Pierre Grin VD, Christian Lüscher GE, Thérèse Meyer-Kaelin FR, Isabelle Moret VD, Yves Nidegger GE, Guy Parmelin VD, Sylvie Perinjaquet NE, André Reymond GE, Roberto Schmidt VS, Pierre-François Veillon VD. L'illustré, 24.5.2008.
- 16 Lee CY, Glantz S. The Tobacco Industry's Successful Efforts to Control Tobacco Policy Making in Switzerland. Los Angeles: UCLA Press; 2001.